



**SEITE 2**  
Wirtschaft:  
Schwarz-Gelb verpasst  
wichtige Entscheidungen

**SEITE 3**  
Gesundheit:  
Bürgerversicherung statt  
Drei-Klassen-Medizin



**SEITE 4/5**  
Im Interview: Frank-Walter  
Steinmeier, Vorsitzender der  
SPD-Bundestagsfraktion

**SEITE 6**  
Freizügigkeit am  
Arbeitsmarkt:  
Lohndumping verhindern



**SEITE 7**  
Bahn: Verlässlicher und  
sicherer Verkehr auf der  
Schiene

**SEITE 8**  
Integration: Dialog  
statt Ausgrenzung,  
Potenziale nutzen

# GUTE ARBEIT

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

Ausgabe 1/2011

# 2020: Jetzt die Weichen stellen

Soziale Gerechtigkeit, nachhaltiger Fortschritt und Vollbeschäftigung sind das Ziel

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Alternativen zur Chaospolitik der schwarz-gelben Regierung. In ihrem Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“ zeigt sie: Vollbeschäftigung ist machbar. Stillstand, Streitigkeiten in der Koalition und eine Politik, die die soziale Spaltung im Lande vorantreibt: Schwarz-Gelb ist bereits nach 15 Monaten Regierungsverantwortung am Ende und nicht in der Lage, die drängenden politischen Herausforderungen zu meistern. Anders die SPD-Bundestagsfraktion: Unter dem Titel „Deutschland 2020 – Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt“ hat sie auf ihrer Klausur Mitte Januar ein umfassendes und nachhaltiges Arbeitsprogramm für das kommende Jahrzehnt vorgelegt. „2011 wird das Jahr einer neuen Profilierung der SPD“, erklärt Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. „Wir haben uns vorgenommen, unsere sozialdemokratischen Alternativen zu Schwarz-Gelb noch stärker ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken und die Menschen von unseren Positionen zu überzeugen.“ Leitbild von „Deutschland 2020“ ist eine neue



Maß nehmen für Vollbeschäftigung – „Deutschland 2020“ heißt: wirtschaftlich leistungsfähig, sozial gerecht, ökologisch nachhaltig.

Idee von Fortschritt, die die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verbindet. Ziel ist es, die Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern sie zu besiegen. „Wir sind überzeugt, dass unser Land erstmals seit

Jahrzehnten wieder die historische Chance hat, in den nächsten Jahren Vollbeschäftigung zu erreichen“, so Steinmeier. Dafür sei eine Ausrichtung der verschiedenen Politikbereiche – von der Integrations- bis zur Investitionspolitik – auf eine Vollbeschäftigungsstra-

tegie notwendig. Deutschland könne ein Land sein, „das Wohlstand nicht als blinde Renditejagd auf Kosten von Beschäftigten und Verbrauchern, sondern als ein nachhaltiges Wachstumsmodell begreift“, ist Steinmeier überzeugt. ■

**Mehr auf den Seiten 4/5**

## Mindestlohn muss sein

Ohne einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn geht es nicht. Der Niedriglohnbereich muss eingedämmt, Löhne müssen wieder ohne aufstockendes Arbeitslosengeld II existenzsichernd werden. Davon ist die SPD-Bundestagsfraktion überzeugt: Der Entwurf der Fraktion für ein Mindestlohngesetz steht (siehe Seite 6) und

könnte jederzeit verabschiedet werden. Jetzt liegt es an der schwarz-gelben Koalition, zu zeigen, wie ernst es ihr mit den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist: Aber nicht einmal auf die Mindestlöhne in der Zeitarbeit und der Weiterbildung – die jeweils von Gewerkschaften und Arbeitgebern befürwortet werden – kann sich die schwarz-gelbe Bundesregierung verständigen. ■

## Schwarz-Gelb: Beschäftigte profitieren nicht

Die Wirtschaft wächst, die Real-löhne kaum. Der Aufschwung kommt bei den Arbeitnehmern nicht wirklich an. Schwarz-Gelb bricht endgültig das Versprechen „Mehr Netto vom Brutto“. Mit dem Steuervereinfachungsgesetz gibt es jetzt zwar eine Pseudo-Ent-

lastung von maximal drei Euro pro Steuerzahler – das gleicht für viele Beschäftigte aber nicht einmal die unter Schwarz-Gelb gestiegenen Sozialversicherungsbeiträge aus. Das Ergebnis heißt schlicht: weniger Netto vom Brutto. ■



## Total Banane!

**Uneinig beim Zeit-  
arbeitsmindestlohn,  
uneinig bei  
der Frauenquote,  
konzeptlos bei den  
Hartz-IV-Regelsätzen:  
Schwarz-Gelb  
rumpelt ins neue Jahr.**

2010 bezeichnete die FDP ihre Koalitionspartner noch als „Wildsäue“ – jetzt bläst FDP-Generalsekretär Christian Lindner quasi zur Treibjagd. Lindner kündigt an: **„Wenn man die Union nicht treibt, treibt sie nichts – und das ist Aufgabe der FDP.“** Außerdem sieht Lindner im Superwahljahr 2011 „Überraschungen“ für die FDP.

**Wir meinen: Überraschungen wird es für die FDP geben – vermutlich keine guten.**

Arbeitnehmerinteressen und sozialer Ausgleich werden in dieser Legislatur nicht mehr zum Kernprofil der Koalition. Dafür sorgt etwa **Karl Schiewerling** (CDU). Ihn stören „ständig neue Zahlen-spiele“ zu Hartz-IV-Regelsätzen. **Die Neuberechnung der Koalition beruhe auf einem von Ministerin von der Leyen „sorgfältigst durchgeführten Berechnungsverfahren“, und das „Zahlenwerk“ orientiere sich „am wahren Leben“.**

**Wir meinen: Das „wahre Leben“ der Ursula von der Leyen ist offenbar nicht das von Millionen Hartz-IV-Empfängern.**

Auch die Liberalen betreiben weiterhin Markenpflege als Klientelpartei für Arbeitgeberinteressen. So ist **Erwin Lotter** (FDP) der Meinung, dass sich Arbeitnehmer zu häufig krank schreiben lassen. „Tricksereien bei Krankschreibungen darf es nicht geben.“ **Er will deshalb wieder Karenztage ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einführen.**

**Wir meinen: Vielleicht sollte sich auch Herr Lotter mal eine Auszeit nehmen.**

# Chancen nicht verpassen

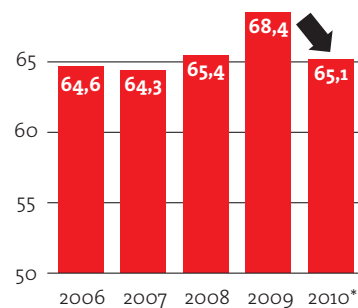
**Jetzt wäre die Zeit, um im Aufschwung die richtigen politischen Weichen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu stellen. Doch die Regierung bleibt tatenlos**

**B**undeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) ist derzeit vor allem mit einem beschäftigt: einen Aufschwung zu feiern, zu dem er selbst nichts beigetragen hat. Klar wurde das einmal mehr bei Brüderles Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung für 2011. Das Resümee von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, ist eindeutig: „Etikettenschwindel, Schönfärberei, Problemverleugnung.“

**Stichwort Etikettenschwindel:** Rainer Brüderle schmückt sich einmal mehr mit falschen Federn. Denn auch wenn Brüderles Parteikollege Hermann Otto Solms es in der Bundestagsdebatte zum Jahreswirtschaftsbericht zum wiederholten Male behauptete: Es war keinesfalls das schwarz-gelbe „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ inklusive

## Lohnquote nicht im Aufschwung

**Lohnquote (Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen) in den vergangenen fünf Jahren (Angaben in Prozent)**



\*erstes bis drittes Quartal, nicht saisonbereinigt  
Quelle: Statistisches Bundesamt

**Die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen, ist 2010 so stark gesunken wie lange nicht mehr.**

## Unter Generalverdacht

**Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt die von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) eingeführte Gesinnungsprüfungen für demokratische Initiativen gegen Rechts-Extremismus als „politisch unsinnig und rechtlich fragwürdig“ ab.** Künftig sollen nach dem Willen der Ministerin Projekte gegen Rechts nur noch dann staatlich gefördert werden, wenn die Verantwortlichen eine „Anti-Extremismus-Erklärung“ unterzeichnen.

## Brüderles Politik: Das sagt die Wissenschaft

**„Wichtige Weichen in der deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik sind Anfang 2011 falsch gestellt“, sagt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Wege aus der Krise müssten außerdem immer europäisch koordiniert werden. IMK-Direktor Prof. Dr. Gustav A. Horn: „Das gelingt nicht nach Schema F, indem alle gleichzeitig auf die Ausgabenbremse steigen und die Konjunktur abwürgen.“** Die wirtschaftliche Aufwärtstendenz sei nach wie vor nicht „selbsttragend“, sondern auch durch in- und ausländische Konjunkturprogramme gestützt – die jetzt auslaufen. **Horns Empfehlung: „Die beste Konsolidierungsstrategie unterstützt im ersten Schritt ein nachhaltiges Wachstum und profitiert dann von höheren Einnahmen und geringeren Ausgaben.“** Die konkreten IMK-Vorschläge für Deutschland und andere „Überschussländer“: **Löhne rauf und durch staatliche Mehrausgaben für Bildung sowie staatliche Investitionen die Nachfrage steigern.** ■

Steuersenkung für Hoteliers, das den Aufschwung gefördert hat. Das sieht übrigens auch der Sachverständigenrat der „Wirtschaftsweisen“ so: Die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung führen die Sachverständigen auf Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung sowie auf das Krisenmanagement der SPD in der Großen Koalition zurück.

**Stichwort Schönfärberei:** Die 3,6 Prozent Wachstum im Jahr 2010 sind zwar tatsächlich ein gutes Zeichen, zuvor war die Wirtschaft aber im „Krisenjahr“ 2009 um 4,7 Prozent eingebrochen. „Das Vorkrisenniveau haben wir noch nicht wieder erreicht“, warnt Steinmeier. In der aktuellen Situation sieht aber auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion große Chancen. „Doch wir sind drauf und dran, diese Chancen zu vergeigen, wenn wir jetzt nicht ein paar Weichenstellungen vornehmen“, sagt Steinmeier – Weichenstellungen für Investitionen, für Bildung und Qualifizierung, für Mindestlöhne.

**Stichwort Problemverleugnung:** „Ganz Deutschland feiert einen Beschäftigungsrekord“, freut sich Brüder-

le. Was er verschweigt: Ein Großteil des Beschäftigungsaufbaus findet in atypischen Beschäftigungsformen wie der Leiharbeit statt. Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor einem „gespaltenen Arbeitsmarkt“. Etliche Unternehmen beklagten sich bereits über Fachkräftemangel, „während auf der anderen Seite immer noch drei Millionen Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit abgehängt sind“, so Heil. Außerdem würden jährlich elf Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt in aufstockende Arbeitslosengeld-II-Leistungen für Berufstätige fließen – weil viele Menschen von ihrer Arbeit schlicht nicht mehr leben können. Die Alternative der SPD-Bundestagsfraktion heißt „Deutschland 2020“: Vollbeschäftigung in guter, qualifizierter Arbeit, in der nicht weiter Millionen Menschen in den Niedriglohnsektor gedrängt werden. ■

**Mehr Infos zu allen Themen:**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Darin sollen sie sich auch verpflichten, die politische Gesinnung ihrer Projektpartner und sogar ihrer Referenten zu überprüfen.

Das erzeuge ein Klima des Misstrauens und der Denunziation, meinen der stellvertretende Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sowie der Sprecher und die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion, Sönke Rix

und Daniela Kolbe. „Engagierte Demokratinnen und Demokraten sollten nicht unter einen Extremismus-Generalverdacht gestellt, sondern unterstützt werden“, fordern die Parlamentarier.

Die SPD-Bundestagsfraktion bringt deshalb gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag in den Bundestag ein, um das Vorhaben von Ministerin Schröder zu stoppen. ■

# Bürgerversicherung statt Drei-Klassen-Medizin

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für solidarische und gerechte Alternativen zur Kopfpauschale ein



Solidarität von allen, Gesundheit und gute Leistungen für alle – das ist die Bürgerversicherung, wie sie sich die SPD-Bundestagsfraktion vorstellt.

Seit dem 1. Januar haben die Bürgerinnen und Bürger weniger Netto vom Brutto – dank der einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge der schwarz-gelben „Gesundheitsreform“. Die SPD-Bundestagsfraktion will statt der „Ausdehnung der Drei-Klassen-Medizin“, so Karl Lauterbach, Sprecher der Arbeitsgruppe Gesundheit, die Einführung einer sozialen Bürgerversicherung.

Die zentralen Punkte der SPD-Bürgerversicherung sind:

- Sachleistungsprinzip: Die Schwere der Krankheit entscheidet über die Behandlung, nicht die Art der Versicherung und Abrechnung. Vorkassen-Modelle lehnt die SPD ab.
- Bekämpfung des Fachkräftemangels: Die Leistungen der Fachkräfte im Gesundheitswesen müssen anerkannt und besser vergütet werden.
- Solidarische Finanzierung: Zusätzliche Steuermittel sichern die solidarische Finanzierung der Krankenversicherung und entlasten mittlere und

## Gute Pflege für alle

Die Gesellschaft wird immer älter. Immer mehr Senioren sind auf Pflege angewiesen. Das Pflegesystem muss den demografischen Veränderungen angepasst werden – angefangen beim Pflegebedürftigkeitsbegriff, der den sozialen und psychischen Betreuungsbedarf einschließt, erklärt Hilde

Mattheis, pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Viele Pflegebedürftige wollen den vertrauten Raum der eigenen Wohnung nicht verlassen und werden daher von Angehörigen (mit-)versorgt. Die Situation pflegender Angehöriger muss dringend verbessert werden.

niedrige Einkommen. Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen werden paritätisch an den Kosten beteiligt.

Nicht nur die Kopfpauschale ist sozial ungerecht, mittlere Einkommen werden auch deshalb stärker belastet, weil sie für den sogenannten Sozialausgleich der schwarz-gelben Gesundheitsreform aufkommen müssen. „Der Sozialausgleich frisst Millionen von Beitragsgeldern für den Aufbau einer nie da gewesenen Bürokratie und ist zudem sozial ungerecht“, erklärt Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Die SPD schlägt vor, Kostensteigerungen aus Steuermitteln zu finanzieren. Zudem ist das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge bei künftigen Beitragssteigerungen unsolidarisch und falsch. Die SPD will die Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung entlassen. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik „geht an den Lebensrealitäten der Menschen vorbei“, so Angelika Graf, SPD-MdB und Mitglied im Gesundheitsausschuss. Elke Ferner warnt: „Für die Versicherten ist höchste Vorsicht geboten. Die ‚Vorkasse‘ kann sehr teuer werden.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Eine Lösung könnte ein Pflegegeld für pflegende Angehörige sein. Die Privatisierung der Pflegeversicherung durch die Einführung einer kapitalgedeckten Zusatzversicherung, deren Einführung Schwarz-Gelb plant, ist mit der SPD-Bundestagsfraktion nicht zu machen. „Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, so Mattheis.

Im Bereich der Pflege- und Betreuungskräfte bahnt sich ein Fachkräftemangel an. Ursache sind, neben der schlechten Ausbildungssituation, die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. „Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Verbesserung der beruflichen Rahmenbedingungen, unter anderem durch eine angemessene Bezahlung“, erklären Petra Crone und Mechthild Rawert, zuständige Berichterstatterinnen der SPD-Fraktion. ■

## Große Potenziale



Von Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich trotz der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise positiv entwickelt. Unternehmer und Gewerkschaften, die Antikrisenpolitik der großen Koalition sowie die Strukturreformen der SPD-geführten Bundesregierung haben ihren Beitrag zu diesem Erfolg geleistet.

Gleichwohl gibt es in der Arbeitsmarktpolitik keinen Grund, jetzt in Untätigkeit zu verharren. Durch die Kürzungen der Mittel und die Unterlassungen der schwarz-gelben Bundesregierung in der Beschäftigungspolitik droht unserem Land ein dauerhaft gespaltenen Arbeitsmarkt: Während sich in einzelnen Branchen bereits ein Mangel an qualifizierten Fachkräften abzeichnet, sind immer noch zu viele Menschen in Dauerarbeitslosigkeit abgehängt.

Es gilt jetzt umzuschalten: von einer Strategie der Beschäftigungssicherung zu einer Politik für neue Arbeit in Deutschland. Die Chancen, die sich jetzt im Aufschwung für mehr und bessere Arbeitsplätze bieten, dürfen nicht verspielt werden. Begünstigt durch eine nach wie vor starke industrielle Basis, große Potenziale in der Dienstleistungswirtschaft und durch die demografische Entwicklung hat unser Land die Chance, innerhalb der kommenden Dekade Vollbeschäftigung zu erreichen – und nur wenn wir diese ehrgeizige Aufgabe im kommenden Jahrzehnt in Angriff nehmen, können wir in unserer alter werdenden Gesellschaft Wohlstand und soziale Sicherheit gewährleisten. Nur so wird es möglich sein, zunehmender sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken. ■

### Das ist die schwarz-gelbe Drei-Klassen-Medizin:

- **Kopfpauschale:** Unabhängig vom Einkommen werden Zusatzbeiträge erhoben.
- **Entsolidarisierung:** Arbeitgeberbeiträge werden eingefroren – Kostensteigerungen müssen von den Versicherten allein getragen werden.
- **Vorkasse:** Patienten sollen in Vorkasse gehen, ohne zu wissen, was die Kasse letztendlich erstattet.
- **Lückenhafte Versorgung:** Ärzte werden sich zunehmend in reichen Gegenden ansiedeln, in sozial schwächeren Gegenden wird der Ärztemangel hingegen zunehmen.



## »Wer Abwarten zum politischen Prinzip erklärt, verschläft die Chancen«

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, spricht im Interview darüber, wie die SPD Vollbeschäftigung erreichen will – und warum Schwarz-Gelb das mit der aktuellen Politik nicht schaffen wird

**Während die Regierungskoalition zurzeit oft nicht weiß, was ihre Mitglieder morgen fordern werden, legt die SPD-Bundestagsfraktion ein Arbeitsprogramm für 2020 vor. Welchen Stellenwert hat das für die aktuelle Politik?**

Die SPD war immer die Partei, die für eine bessere Zukunft dieses Landes und seiner Menschen plant und sich nicht ängstlich an Legislaturperioden orientiert. Wir zeigen: Wir haben eine Vorstellung von der Gesellschaft, wie sie am Ende des nächsten Jahrzehnts aussehen soll. Wir wollen heute die Weichen dafür stellen, dass es auch in zehn Jahren fair und gerecht zugeht. Wir wollen, dass die hohe Massenarbeitslosigkeit der Vergangenheit angehört. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung – das haben wir uns auf die Fahnen geschrieben.

**Welche Weichen müssen dafür 2011 gestellt werden?**

2011 wollen wir Wahlen gewinnen – die erste in Hamburg, wo Olaf Scholz

eine bisher christdemokratisch geführte Landesregierung ablösen kann. Aber es geht nicht nur um die Landtagswahlen. Wir sind die größte Oppositionspartei – und Opposition ist Regierung im Wartestand. Das heißt: Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass wir auf das Regieren besser vorbereitet sind, als es die gegenwärtige Regierung aus Union und FDP jemals war und ist. Das Programm für eine sozialdemokratisch geführte Regierung muss stehen, wenn wir wieder in die Regierungsverantwortung gehen. Ich bin mir jedenfalls nach dem Desaster der ersten 15 Monaten von Schwarz-Gelb sicher, dass es eine Fortsetzung dieser Koalition nicht geben wird.

**Ein zentrales Ziel des Arbeitsprogramms ist Vollbeschäftigung. Wie ist das zu schaffen?**

Einer der größten Irrtümer der schwarz-gelben Regierung ist, dass Vollbeschäftigung von allein kommt. Wenn wir aber die Weichen jetzt

nicht stellen, dann werden wir in fünf Jahren zwei Riesenprobleme haben: einen dramatischen Mangel an ausgebildeten Fachkräften und gleichzeitig eine hohe Arbeitslosigkeit. Wer das vermeiden will, muss jetzt in die Zukunft investieren. Wir müssen jetzt Prioritäten setzen bei der Bildung. Wir müssen jetzt investieren, damit die Kinder, die künftig die Schule verlassen, ihren Weg in Beruf und Arbeitswelt finden.

**Der Aufschwung ist da, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben allerdings bisher wenig oder gar nichts davon. Was muss getan werden?**

Immerhin ist es dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Olaf Scholz zu verdanken, dass wir in Deutschland mit neuen kreativen Formen der Kurzarbeit ohne größere Jobverluste durch die Krise gekommen sind. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ihren Job behalten, obwohl die Arbeit in den Betrieben

knapp wurde. Und dank eines von Peer Steinbrück initiierten mutigen Konjunkturprogramms mit Investi-

**„Wer regelmäßig Vollzeit arbeitet, muss von seinem Arbeitseinkommen leben können.“**

*Frank-Walter Steinmeier*

tionen insbesondere in den Kommunen – mit entworfen von Wolfgang Tiefensee – hat die Krise bei uns nicht so tiefe Spuren hinterlassen wie in den europäischen Nachbarländern. Darauf können wir Sozialdemokraten stolz sein. Große Sorgen bereitet mir aber, dass diese Regierung und vor allem ihr Wirtschaftsminister Rainer Brüderle nicht merken, dass die Ergebnisse des erfolgreichen Krisenmanagements nicht von alleine so bleiben. Weder begreift Brüderle, warum es uns besser geht, noch hat er eine Vorstellung davon, wie die Früchte dieser Arbeit gesichert werden können. Mir kommt er vor wie ein Lottokönig, dem ein Riesengewinn in den Schoß gefallen ist und der nun das schöne Geld verpulvert und an Freunde und Gönner verschenkt.

**Wer profitiert von Brüderles Geschenken?**

Auftakt war ein Steuergesetz, das ewiger Makel dieser Regierung bleiben wird. Die „Mövenpicksteuer“ hat ihren Namen wirklich verdient, denn sie ist und bleibt ein Steuergeschenk an die vermeintlichen Wahlhelfer aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe. Aber da, wo das Geld für Investitionen wirklich benötigt wird, setzt Schwarz-Gelb keine Priorität. Das gilt zum Beispiel bei der öffentlichen Infrastruktur und der Bildung. Stattdessen setzt die Koalition vor allem auf die verblasenen Vorstellungen der langen FDP-Oppositionszeit – auf Steuersenkungen, die so gering ausfallen, dass sie selbst den eigenen Anhängern kein müdes Lächeln mehr entlocken. Die FDP verliert sich gemeinsam mit der Union im Gestrüpp der Erwartungen, die sie selbst erschaffen hat. Das alles ist keine Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Die riesigen Chancen, die wir jetzt haben, weil es uns besser geht als der europäischen Nachbarschaft, werden gerade verschlafen.

**Welche Chancen hätten wir jetzt?**

Wir hätten jetzt die Chance, den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt zu gestalten und die

Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Wir hätten jetzt die Chance zu investieren und alle Politikbereiche auf eine Vollbeschäftigungsstrategie auszurichten. Wir haben im Bildungsbereich riesige Defizite, die die Länder allein nicht ausgleichen können. Wir haben massive Schäden in der öffentlichen Infrastruktur. In Sachen moderne Umwelttechnologien folgt Gipfel auf Gipfel, aber aus Taktieren wird keine Realität, und es entstehen erst recht keine neuen Arbeitsplätze. Die Bundesregierung ist auch nicht im Spiel bei den Zukunftstechnologien – weder bei der Elektromobilität noch bei einer modernen Netz-Infrastruktur, wie wir sie dringend brauchen. Wer Abwarten zum politischen Prinzip erklärt, verschläft die Chancen.

**Thema Bildung: Im Arbeitsprogramm 2020 schlägt die SPD-Bundestagsfraktion einen „Pakt für Bildung“ vor. Was soll er bewirken?**

Wir müssen raus aus dem Zuständigkeitsstreit zwischen Bund und Ländern. Eltern wollen, dass ihre Kinder vernünftig betreut werden und in guten Schulen untergebracht sind. Eltern fragen nicht nach Schulträger-

nem Arbeitseinkommen leben können. Da mögen Union und FDP sich noch so feste auf die Bremsen stellen:

**„Wir hätten die Chance, den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt zu gestalten.“**

*Frank-Walter Steinmeier*

Alles andere ist sozialpolitisch unverantwortlich und volkswirtschaftlich unvernünftig. Wenn wir künftige Altersarmut verhindern wollen, dann brauchen wir heute Mindestlöhne. Auch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für die osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten ab 1. Mai erfordert Mindestlöhne, um volkswirtschaftlich schädliche Dumpinglöhne zu verhindern. Deshalb ist der Mindestlohn

im Vermittlungsausschuss zu Hartz IV für uns ein immens wichtiges Thema. Unabhängig davon, wie weit wir dort kommen, wird die SPD-Bundestagsfraktion keine Ruhe geben, bis wir uns mit diesem Thema durchgesetzt haben. In diesem Zusammenhang freut mich umso mehr, dass es mittlerweile nicht nur eine Branche ist, bei der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen gemeinsam Mindestlöhne fordern.

**Im Vermittlungsausschuss geht es eigentlich um die Höhe der Regularien von Hartz IV. Warum hat die SPD neben dem Mindestlohn auch Bildung für Kinder und gleiche Bezahlung in der Leiharbeit mit auf die Tagesordnung gesetzt?**

Wer Armut bekämpfen will, sollte nicht erst dann damit anfangen, wenn sie schon entstanden ist. Deshalb gehört es für uns dazu, Kindern aus sozial schwächeren Familien bessere Bildungschancen schon in der Schule zu verschaffen. Denn nur wer gut ausgebildet ist, kann später gute Arbeit finden und für sich selber sorgen. Und wenn wir wollen, dass diejenigen die Arbeit finden, auch davon leben können und nicht zum Amt gehen müssen, dann brauchen wir Min-



**Steinmeier: „Ich bin mir jedenfalls nach dem Desaster der ersten 15 Monate von Schwarz-Gelb sicher, dass es eine Fortsetzung dieser Koalition nicht geben wird.“**

destlöhne, aber vor allem auch einen wirksamen Schutz gegen Missbrauch in der Leiharbeit. Es kann nicht sein, dass ganze Stammbelegschaften durch Leiharbeiter ersetzt und Tarifverträge unterlaufen werden. Wir wollen wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Und wir werden da nicht locker lassen. ■

**„Wer Armut bekämpfen will, sollte nicht erst damit anfangen, wenn sie schon entstanden ist.“**

*Frank-Walter Steinmeier*

schaft und Kulturhoheit. Niemand will den Ländern ihre Kernzuständigkeit in der Kultuspolitik nehmen – aber wenn wir für die Kinder das Beste erreichen wollen, ist Zusammenarbeit notwendig. Und immerhin sind wir die Einzigen, die bewiesen haben, dass es geht. Ohne das von den Sozialdemokraten initiierte Vier-Milliarden-Programm zum Ausbau der Ganztagschulen wäre unser Rückstand hinter den europäischen Nachbarn noch größer.

**Der Beschäftigungsaufbau im Aufschwung boomt – vor allem die Leiharbeit. Was muss getan werden, um der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitswelt Einhalt zu bieten?**

Der Mindestlohn – nicht nur in der Leiharbeit – bleibt auf der Tagesordnung. Unser Prinzip ist: Wer regelmäßig in Vollzeit arbeitet, muss von sei-

## Deutschland 2020: Fortschritt durch Gerechtigkeit

**Unter dem Titel „Deutschland 2020 – Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt“ hat die SPD-Bundestagsfraktion ein ambitioniertes Arbeitsprogramm für die nächsten zehn Jahre beschlossen. Leitbild ist eine neue Idee von Fortschritt, die die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verbindet. Die Fraktion ist überzeugt: Vollbeschäftigung ist machbar. In zehn Punkten beschreibt „Deutschland 2020“, was getan werden muss.**

- 1. Mehr Investitionen zur Sicherung der Arbeit von morgen**  
Deutschland braucht einen Investitions- und Infrastrukturkonsens – sowohl in der Bildung als auch in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation.
- 2. Ein gerechtes Steuer- und Abgabekonzept**  
Ein gerechtes Steuer- und Abgabekonzept soll für eine gerechte Lastenverteilung sorgen, untere und mittlere Einkommen entlasten und die Finanzierung von Zukunftsaufgaben sichern.
- 3. Ein Pakt für Bildung**  
Die SPD-Bundestagsfraktion will mit einem Pakt für Bildung auf allen Ebenen – Kindergärten, Schulen und Hochschulen – Qualität und Finanzierung verbessern. Zentraler Bestandteil: eine Qualitätsoffensive für Ganztagschulen
- 4. Integration durch Teilhabe**  
Mit einer zeitgemäßen Integrationspolitik gleiche Chancen von Migranten beim Zugang zu Bildung und Arbeit erreichen
- 5. Eine nachhaltige Energie- und Ressourcenpolitik**  
Die Energiestrategie der Zukunft: Ressourceneffizienz mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien verbinden
- 6. Eine neue Ordnung für Arbeit**  
Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, das unbefristete, sozial abgesicherte und angemessen bezahlte Normalarbeitsverhältnis zu sichern.
- 7. Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**  
Um die solidarische Finanzierung und die Qualität von Gesundheitssystem und Pflege zu sichern, setzt die SPD-Bundestagsfraktion in beiden Bereichen auf das Konzept der Bürgerversicherung. Um den
- Fachkräftebedarf zu sichern, müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden.
- 8. Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft**  
Um eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt zu erreichen, muss es sowohl gesetzliche Regelungen für gleiche Bezahlung als auch für eine Quote in Führungspositionen geben – und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 9. Beschäftigung Älterer sicherstellen**  
Eine Beschäftigungsstrategie für Ältere soll für mehr sozialversicherte, alterns- und altersgerechte Arbeitsplätze sorgen und Altersarmut verhindern. Zudem erarbeitet die SPD-Bundestagsfraktion ein Konzept für flexible Übergänge in den Ruhestand.
- 10. Regeln für die Finanzmärkte**  
Die Finanzaufsicht muss verbessert, die Bonussysteme müssen verändert und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. ■

**Das Arbeitsprogramm im Wortlaut:**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## MINDESTENS 40 PROZENT FRAUEN



Ende Januar wurde Bundesfrauenministerin Kristina Schröder (CDU) das Sachverständigengutachten für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung übergeben – fast jedenfalls. Denn die Ministerin fehlte bei der Übergabe des Expertinnen- und Experten-Berichts. Dabei ist er aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion äußerst lesenswert. Denn viele sozialdemokratische Forderungen finden sich dort wieder, wie etwa die Einführung einer Frauenquote in Führungsetagen der Wirtschaft, ein gesetzlicher Mindestlohn und verbindliche Entgeltgleichheit von Männern und Frauen. Es bleibe abzuwarten, „inwieweit die Bundesministerin die vielen sehr guten Ansätze in dem Gutachten in konkrete politische Maßnahmen umsetzen wird“, erklärten die frauenpolitische Sprecherin und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion, Caren Marks und Christel Humme.

Nach ihrem öffentlichen Streit um die Frauenquote müssten die Bundesministerinnen Schröder und von der Leyen jetzt außerdem einen konkreten Vorschlag auf den Tisch legen, um „den Vorwurf des Populismus zu entkräften“, sagte Dagmar Ziegler, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Die SPD spricht sich für eine Frauenquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände aus. ■

## BILDUNGSBERICHT

Der von Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) im Bundestag vorgestellte Nationale Bildungsbericht sieht Schatten, aber durchaus auch viel Licht in der deutschen Bildungslandschaft. Nicht ganz zu Unrecht, meint Swen Schulz, stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion. Denn die allermeisten Daten, die im Bericht verarbeitet sind, beziehen sich auf Weichenstellungen aus der rot-grünen Regierungszeit oder Maßnahmen der Großen Koalition. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hingegen tue „fast nichts über das hinaus“, was bereits in der Großen Koalition vereinbart worden sei. ■

# Neues Lohndumping verhindern

Die SPD-Bundestagsfraktion zeigt, was bis zur vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU noch getan werden muss

Am 1. Mai 2011 wächst Europa ein weiteres Stück zusammen. Ab diesem Tag gelten auch in Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für Beschäftigte aus den acht osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten von 2004 – sie können dann ohne spezielle Arbeitsgenehmigung in Deutschland tätig werden. „Damit genießen auch diese Bürger eine der wichtigen Grundfreiheiten der EU“, erklärt die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme. Diese Freiheit muss aber arbeitsmarktpolitisch entsprechend begleitet werden. Doch genau in diesem Punkt versagt Schwarz-Gelb. „Die Bundesregierung schaut nur zu, was passiert, ohne politisch zu handeln“, kritisiert der zuständige Berichtsersteller der SPD-Bundestagsfraktion Josip Juratovic.

Dabei ist der Handlungsbedarf groß – und die Zeit drängt. Zwei Punk-

te bereiten der SPD-Bundestagsfraktion, den Gewerkschaften, fast allen Arbeitsmarktexperten und sogar etlichen Arbeitgeberverbänden Sorgen: Die Einkommensunterschiede zwischen Deutschland und den EU-Beitrittsstaaten aus Osteuropa sind immer noch erheblich. Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern wären also voraussichtlich bereit, zu wesentlich geringeren Löhnen zu arbeiten als ihre deutschen Kollegen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb klare Regeln gegen Lohndumping. Wer stattdessen wie CDU, CSU und FDP tatenlos bleibe, verate die Arbeitnehmer, meint Anette Kramme: „Sowohl die deutschen Arbeitnehmer, die Lohn- und Sozialdumping fürchten müssen, als auch die osteuropäischen Arbeitnehmer, die zu schlechten Bedingungen bei uns arbeiten müssen.“

Weiteres Problem: Auch grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung – also Leiharbeit – ist ab dem 1. Mai



In der Forstwirtschaft, der Landwirtschaft und im Gartenbau gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland bereits seit dem 1. Januar 2011 – für alle anderen Branchen ab dem 1. Mai.

## 8,50 Euro Mindestlohn: So geht's

Während andere immer noch ideologische Grabenkämpfe um eine gesetzliche Lohnuntergrenze führen, hat die SPD-Bundestagsfraktion einen konkreten und realistischen Gesetzentwurf vorgelegt: Eine Mindestlohnkommission – paritätisch zusammengesetzt aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern – soll die Höhe des Mindestlohns jährlich neu vorschlagen,

das Bundesarbeitsministerium legt dann die Lohnuntergrenze fest. Unter 8,50 Euro Brutto pro Stunde darf der Mindestlohn aber auf keinen Fall liegen. Die Zollbehörden sollen kontrollieren, dass der Mindestlohn auch überall eingehalten wird. So würde der Niedriglohnsektor in Deutschland wirksam eingeschränkt – heute arbeitet jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland

## Rote Laterne Leiharbeit

Monatlicher Durchschnitt der Bruttoarbeitsentgelte 2009 (in Euro)

Hochschulabschluss	4530
Mit Berufsausbildung	2719
Bundesdurchschnitt	2676
Ohne Berufsausbildung	2324
Leiharbeit	1393

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010

Wer jetzt noch behauptet, Leiharbeit werde nicht zum Lohndumping missbraucht, leugnet die Realität. Leiharbeiter verdienen durchschnittlich sogar weniger als Ungelernte – obwohl ein Großteil von ihnen einen Berufsabschluss hat.

2011 möglich. Der polnische Arbeitgeberpräsident hat bereits angekündigt, polnische Leiharbeiter könnten für Stundenlöhne zwischen zwei und fünf Euro in Deutschland tätig werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb in einem Antrag zur anstehenden Arbeitnehmerfreizügigkeit „faire Mobilität und soziale Sicherung“ gefordert. Konkret setzt sich die Fraktion unter anderem für den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ vor allem in der Leiharbeit ein. Außerdem sollen deutsche Betriebsräte über die Entgelte von entsandten Arbeitnehmern mitbestimmen dürfen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

# Alle reden vom Wetter

Die SPD-Bundestagsfraktion will einen verlässlichen und sicheren Schienenverkehr für alle

Eines steht nach dem Winterchaos bei der Deutschen Bahn (DB) fest: Der einstige Werbespruch „Alle reden vom Wetter – wir nicht“ gilt nicht mehr. In der Woche vor Weihnachten ist offenbar nicht einmal ein Drittel aller Züge (29,8 Prozent) im Fernverkehr pünktlich unterwegs gewesen. Die Bundesregierung hat allerdings eine andere Wahrnehmung: Denn Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hatte im Bundestag lediglich zugegeben, dass im Fernverkehr die Pünktlichkeit im Dezember „tageweise unter 70 Prozent“ gesunken sei.

Gelogen ist das zwar nicht – schließlich sind auch 29 Prozent „unter 70 Prozent“. Trotzdem steht für den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Florian Pronold fest:



FOTOS: PHOTOCASE.COM (2); FREEDAY; ZETTERLIN

Nicht nur bei der Berliner S-Bahn, auch in anderen Teilen Deutschlands hieß es in diesem Winter bei der Bahn oft: Stillstand.

## Nachgefragt



**Alexander Kirchner, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft**

**(EVG) erklärt, worauf es nach den Winterproblemen der Bahn in der Verkehrspolitik jetzt ankommt:**

„Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken in der Verkehrspolitik. Mit dem bisherigen Mix aus Durchwursteln und Renditeorientierung geht es nicht weiter. Die Frage muss beantwortet werden, welche Bahn wir in Deutschland wollen und was sie uns wert ist. Wir hören dazu von der Bundesregierung viele Absichtserklärungen, aber wir sehen wenige Taten. Der Bund ist allein verantwortlich für den Zustand der Infrastruktur.“

Die Bundesregierung kann diese Verantwortung nicht abschieben. An einer Erhöhung der Investitionen in die Schiene kommen wir nicht vorbei. Nach unserer Schätzung sind dauerhaft fünf Milliarden Euro pro Jahr notwendig. Diese Summe hatte eine Expertenkommission bereits zu Beginn der Bahnreform 1993 geschätzt – für Erhalt und Ausbau des Netzes. Seitdem sind die fünf Milliarden in keinem einzigen Jahr erreicht worden. Aber Geld, das man heute in die Hand nimmt, wirkt sich im Schienenbereich erst in einigen Jahren aus. Deswegen wäre es ein erster notwendiger Schritt, wenn die Bundesregierung auf die Bahn-Dividende verzichten würde. Durch sie werden der Schiene insgesamt zwei Milliarden Euro entzogen. Es ist gut, dass wir bei dieser Forderung die SPD an unserer Seite wissen.“ ■

„Verkehrsminister Ramsauer hat die Öffentlichkeit getäuscht. Ramsauer versucht, die Verspätungen bei der Bahn zu vertuschen, um von seinem eigenen Versagen abzulenken.“ Zu den Verspätungen, Zugausfällen und weiteren Problemen bei der Bahn sei es nicht aufgrund der Witterung gekommen, sondern weil die Bahn finanziell ausgehungert werde, so Pronold.

Um Kosten zu senken, seien beheizte Weichen eingespart, mehrere Betriebsstätten geschlossen und Wartungspersonal entlassen worden. Außerdem habe die DB AG zu wenig

Schienenfahrzeuge und Waggons. Hier seien Investitionen dringend nötig, um künftig ein Bahn-Chaos wie in diesem Winter zu verhindern. Pronold fordert deshalb, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung als Eigentümer der Bahn auf die geforderte Dividende von 500 Millionen Euro verzichtet. Die SPD-Bundestagsfraktion hat außerdem einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der fordert: Statt Renditeforderungen zu bedienen, sollten mehr Mittel in den Aufbau einer Fahrzeugreserve, in bessere Sanierung und bessere Wartung investiert werden. ■

## Dioxinskandal: SPD setzt sich durch

SPD-Bundestagsfraktion streitet für mehr Lebensmittelsicherheit

„Erst handelt Ilse Aigner gar nicht, dann übernimmt sie doch 14 von 15 SPD-Forderungen“, berichtet der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber. Die SPD-Fraktion fordert deshalb jetzt, dass Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) auch alle SPD-Forderungen in der schwarz-gelben Regierung durchsetzt. Der Aktionsplan des Kabinetts ist aber

lückenhaft. Und eine zentrale Forderung hat Aigner komplett unter den Tisch fallen lassen: den Arbeitnehmerschutz für Beschäftigte und Mitarbeiter, die die zuständigen Behörden über Missstände bei ihren Arbeitgebern informieren. Die 15 SPD-Punkte sehen unter anderem vor, dass Labore verpflichtet werden, Behörden umgehend über Untersuchungsergebnisse zu informieren. Auch ein verbessertes Ver-

braucherschutzinformationsgesetz ist Teil der Forderungen. Außerdem sollen Futtermittelhersteller jede Charge ihrer Produkte „beprobieren“. Scharfe Kritik äußert Kelber an der Ernennung von Peter Bleser (CDU) zum neuen Parlamentarischen Staatssekretär. Bleser ist ein ausgewiesener Bauernverbandslobbyist. Mit dieser Personalie werde klar, dass die Verbraucher im Ministerium keine Verbündeten hätten. ■

## GORLEBEN: BEWEISE FÜR TÄUSCHUNG

Das Tarnen und Täuschen rund um das geplante Atom-Endlager in Gorleben hat eine lange Tradition.

Die Zeugenvernehmung des ehemaligen niedersächsischen Sozialministers Hermann Schnipkoweit (CDU) im Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestags ergab jetzt: Spätestens im Juli 1981 war Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) von Schnipkoweit in einem vertraulichen Schreiben darüber informiert worden, dass Probebohrungen die „bereits früher geäußerten Zweifel an der Eignung des Salzstocks für die Endlagerung“ bestätigt hätten. Konsequenzen zog Albrecht daraus nicht, das Schreiben blieb vertraulich. Die CDU/CSU-Fraktion spiele diese Aktenbelege herunter und betreibe damit „Blockade an der Aufklärung“, kritisiert Ute Vogt, Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss. ■

## EEG NICHT AUSHÖHLEN

Das von Rot-Grün durchgesetzte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein echter Beschäftigungsmotor.



340 000 „grüne Jobs“ sind rund um Solar-, Wind- und Biogasenergie entstanden – 500 000 könnten es nach Schätzungen der SPD-Bundestagsfraktion bis 2020 werden. Jetzt will EU-Energiekommissar Oettinger die Förderung Erneuerbarer Energien europaweit „harmonisieren“. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Das darf nicht heißen, dass das deutsche EEG und seine vorbildlichen Regelungen ausgehöhlt werden. Ein Gesetzentwurf von Schwarz-Gelb, mit dem EU-Vorgaben umgesetzt werden sollen, deutet aber genau in diese Richtung. „Deutschland, der einstige Musterschüler Europas, darf sich nicht noch mehr ins europäische Abseits stellen“, fordert Dirk Becker, stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Vorgestellt



Ute Vogt

Als Mitglied des Gorleben-Untersuchungsausschusses und Obfrau der SPD-Abgeordneten dort ist Ute Vogt (46) seit März 2010 auf der Suche nach der Wahrheit über die politische Einflussnahme bei der Auswahl des „Endlagers“. Die Rechtsanwältin, MdB von 1994 bis 2005 und seit 2009, vermutet: „1983 musste Gorleben einfach her. Die Atomindustrie brauchte und wollte einen Endlager-Standort.“ Vogt betreut die Wahlkreise Stuttgart I und Schwäbisch Hall – Hohenlohe und ist ehrenamtliche Vizepräsidentin der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG). ■



Peter Friedrich

Der Diplom-Verwaltungswissenschaftler Peter Friedrich (38) ist Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und SPD-Obmann dort. „Wir Sozialdemokraten wollen ein Wachstum, das sich an Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz, Familienfreundlichkeit und sozialem Ausgleich orientiert“, beschreibt er die Ziele der von SPD und Grünen initiierten Kommission. Friedrich, seit 2005 Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Konstanz, ist auch Generalsekretär der SPD Baden-Württemberg und Sprecher der Gruppe junger Abgeordneter im Bundestag, der „Youngsters“. Er sitzt außerdem im Wirtschaftsausschuss und ist Mittelstandsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion. ■

# »Wir brauchen Taten und keine Reden«

## Schwarz-Gelb missachtet das Potenzial von Integration

**// Dialog statt Ausgrenzung: Nur so kann aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion die Integration von Migranten gelingen. //**

Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Davor verschließt die Bundesregierung weiterhin die Augen – trotz öffentlichkeitswirksamer Integrationsgipfel. Die jüngsten Kürzungen in Sachen Integration zeigen: Schwarz-Gelb wälzt die Verantwortung für eine gelungene Integration allein auf die Zuwanderer ab. Olaf Scholz, im SPD-Fraktionsvorstand zuständig für Integration, kritisiert die schwarz-gelbe Politik: „Wir brauchen Taten und keine Reden.“

Ob beim Programm „Soziale Stadt“ oder in der Bildung und Arbeitsmarktförderung: Schwarz-Gelb kürzt ausgerechnet dort, wo entscheidende Weichen für Integration gestellt werden. Und trotz des von der Wirtschaft beklagten Fachkräftemangels kümmert sich die Regierung weder um die Nachqualifizierung oder Arbeitsvermittlung ausländischer Fachkräfte noch um eine einfachere Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse und lässt so wichtiges Potenzial unbeachtet.

Wie stattdessen eine moderne Integrationspolitik aussehen kann, zeigt die SPD-Bundestagsfraktion in einem umfassenden Positionspapier. Sie ist überzeugt: Integration bedeutet Zugehörigkeit und Teilhabe. Die Zukunft unseres Landes und unserer Gesellschaft hängt vom Zuzug und der gelungenen Integration von Einwanderern ab. Integration geht uns alle an. Alle in Deutschland Lebenden sollen sich mit der Gesellschaft identifizieren können. „Daher müssen wir alle – Deutsche, wie Zugewanderte – daran arbeiten, dass dieses Land zusammenwächst“, erklärt Aydan Özoguz, Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion.

Integration ist eine soziale Frage. So sind die Probleme von alleinerziehenden Müttern ohne Schulabschluss die gleichen – unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft. Mangelnde Bildung, Arbeitslosigkeit und Armut grenzen aus. Integration bedeutet dagegen Teilhabe und Chancengleichheit. Deshalb ist Integration am Arbeitsplatz ein wichtiger Schritt zur gleichberechtig-



Kürzungen in der frühkindlichen Bildung haben fatale Folgen für Integration.

ten Teilhabe. Wie auch die Beherrschung der deutschen Sprache: Sie ist der Schlüssel zu Bildung und Teilhabe. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb als Regierungspartei das Angebot von Deutschkursen für Migranten – sowohl von verpflichtenden als auch von freiwilligen – deutlich erweitert. „Wir wissen, dass nicht alle, die perfekt Deutsch sprechen, in unserer Gesellschaft selbstverständlich aufgenommen werden“, so Özoguz. Dennoch sei eine durchgängige, individuelle Sprachförderung notwendig – vom Kindergarten bis zur Hochschule. Gleichzeitig müsse deutlich werden: Zweisprachigkeit ist ein Trumpf.

Weitere wichtige Voraussetzungen für eine bessere Teilhabe von Migrantinnen und Migranten sind aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion:

- das kommunale Wahlrecht – auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger;
- die doppelte Staatsangehörigkeit, damit keine Loyalitätskonflikte entstehen und dennoch politische Partizipation möglich ist;
- keine Kettenduldungen – wer lange in Deutschland lebt, soll sich nicht von Duldung zu Duldung hangeln müssen, sondern eine Aufenthaltsgenehmigung

bekommen. Gerade für junge Menschen muss gelten: Wer einen Schulabschluss in Deutschland macht, erhält eine Aufenthaltserlaubnis – das zeigt: Persönlicher Einsatz lohnt sich. ■

**Mehr Infos zum Thema:**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

### Termine im Februar

- 16.02. „Deutschland 2020 – ein modernes Einwanderungsland!“**, Hannover
- 17.02. „Zukunft der kommunalen Wirtschaft“**, Peine
- 17.02. „Strategien gegen Fachkräftemangel in Ostdeutschland“**, Schmalkalden
- 25.02. „Schwarz-Gelb macht krank!“**, Dortmund
- 28.02. „Patient Gesundheit – Ausstieg aus dem Solidarsystem?“**, Bremen

**Mehr Infos und weitere Termine:**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)  
[www.facebook.com/spdbundestagsfraktion](https://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion)

#### IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion  
 Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Redaktionsschluss: 8. Februar 2011  
 Herstellung: Network Media GmbH  
 Redaktion: Ralf Bergmann, Anne Graef, Anja Linnekugel  
 Texte: Lena Clausen, Sebastian Henneke, Timm Steinborn  
 Druck: Frankenpost Verlag GmbH  
 Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.  
 Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:  
 – per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin  
 – per Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de)  
 – per Fax: 030/22756800